

## CH\_VB 20011801 vom 5. Oktober 1983

Bundesverwaltung, 1983-10-05, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch\\_vb\\_\\_td\\_class\\_\\_metadataCell\\_\\_20011801\\_\\_td\\_](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb__td_class__metadataCell__20011801__td_)

FR: CH\_VB 20011801 du 5 octobre 1983

IT: CH\_VB 20011801 del 5 ottobre 1983

### Volltext

Comité parlementaire AELE. Rapport 1382 N 5 octobre 1983 #ST# Zwölfte Sitzung - Douzième séance Mittwoch, 5. Oktober 1983, Vormittag Mercredi 5 octobre 1983, matin 8.00 h Vorsitz - Présidence: Herr Eng Präsident: Ich möchte heute unserem Kollegen Allons Müller zu seinem 60. Geburtstag gratulieren und ihm für den weiteren, etwas ruhigeren Lebensweg alles Gute wünschen. (Beifall) #ST# 83.054 EFTA-Parlamentarier-Komitee. Bericht Comité parlementaire AELE. Rapport Herr Muheim unterbreitet namens der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht (texte français voir Bulletin officiel du Conseil des Etats, session d'automne): Bericht der Schweizer Delegation über das zweite Treffen mit einer Delegation des Europäischen Parlamentes in Strassburg (9. bis 10. Februar 1983) und über die 8. ordentliche Sitzung in Helsinki (4. bis 6. Juli 1983) 1. Bericht über das Strassburger Treffen mit der Delegation des Europäischen Parlamentes Am 9. und 10. Februar 1983 fand in Strassburg das zweite Treffen zwischen Delegationen des EFTA-Parlamentarier-Komitees und des Europäischen Parlamentes statt. Die Sitzung wurde gemeinsam vom Präsidenten des EFTA-Parlamentarier-Komitees, Nationalrat Gautier, und vom Präsidenten des EFTA-Ausschusses des Europäischen Parlamentes, dem Abgeordneten Gerokostopoulos, präsiert. Der Schweizer Delegation gehörte ebenfalls Nationalrat Duboule an. Bei dieser Zusammenkunft standen folgende Traktanden im Vordergrund: - Zehn Jahre Freihandel zwischen den EFTA-Ländern und der EG - Die Wettbewerbslage der westeuropäischen Industrie - Staatliche Beihilfen. a. Zehn Jahre Freihandel zwischen den EFTA-Ländern und der EG. Das noch in das Jahr 1982 fallende zehnjährige Jubiläum der Freihandelsverträge zwischen den EFTA-Ländern und der EG wurde von beiden Seiten zum Anlass genommen, über das bisher Erreichte Bilanz zu ziehen, aber auch einen Blick in die Zukunft zu werfen. Der Vorsitzende des EFTA-Ausschusses des Europäischen Parlamentes nahm einleitend Bezug auf den Wunsch sowohl des EG-Rates wie auch des EFTA-Ministerrates nach einer Ausweitung und Verbesserung der Zusammenarbeit über den Freihandel mit industriellen Produkten hinaus, was angesichts der engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Freihandelspartnern wünschbar und natürlich wäre. Das Freihandelssystem habe bisher den Erwartungen entsprochen. Er schlug auch eine engere Zusammenarbeit im politischen Bereich vor, die auf eine Erarbeitung gemeinsamer Standpunkte in ausserpolitisch wichtigen Fragen hinauslaufen könnte. Nationalrat Gautier erwiderte in seiner Eigenschaft als Präsident des EFTA-Parlamentarier-Komitees, dass auch die EFTA-Länder die Meinung teilten, wonach die Freihandelsverträge bisher gut funktioniert und zum Wohle aller beteiligten Staaten beigetragen haben. Die Zusammenarbeit zwischen den EFTA-Ländern und der EG sollte in allen Gebieten, wo gemeinsame wirtschaftliche Interessen bestehen, erweitert werden. Man habe hier aber schon einiges erreicht; zum Beispiel die intensive wissenschaftliche Zusammenarbeit, die Zusammenarbeit in Patent-, Markenrecht-, Transport-, Sachversicherungs-, Umweltschutz- und Konsumentenfragen.

Er betonte ferner, dass die Aufrechterhaltung und Verstärkung des offenen multilateralen Handelssystems - sowohl innerhalb des europäischen Freihandelssystems wie auch weltweit - für die kleinen, ausfuhrorientierten EFTA-Staaten von besonders grosser Bedeutung sei. Die gegenwärtige weltweite Wirtschaftsrezession könne nur überwunden werden, wenn wir im Kampf gegen den Protektionismus standhaft bleiben. In der nachfolgenden Diskussion wurde ganz allgemein das bisher gute Funktionieren des europäischen Freihandelssystems gelobt. Es wurde aber auch wiederholt auf die Notwendigkeit des Abbaues der technischen Handelshemmnisse aufmerksam gemacht, wobei das Schwergewicht in erster Linie auf deren Verhinderung gerichtet werden sollte. Auch das Problem der divergierenden Strategien der verschiedenen Länder zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten wurde aufgeworfen und der Befürchtung Ausdruck gegeben, dass diese für den Freihandel zu Schwierigkeiten führen könnten. Im Zusammenhang mit dem Thema Protektionismus machte Nationalrat Duboule besonders auf die Massnahmen Frankreichs an der Grenze aufmerksam. Er betrachte eine offene Diskussion darüber unter europäischen Parlamentariern als sehr wichtig und dringend. Leider gehörte der Delegation des Europäischen Parlamentes kein Abgeordneter aus Frankreich an, und die Diskussion über dieses Thema war somit nicht sehr erfruchtend. Ein EFTA-Parlamentarier gab auch der Sorge über die wachsende Tendenz innerhalb der EG, mit verschiedenen Partnern, besonders Japan, «freiwillige» Handelsbeschränkungsvereinbarungen abzuschliessen, Ausdruck und verlangte in Zukunft vorgängige Konsultationen, da durch solche Massnahmen auch die Märkte der EFTA-Länder betroffen werden können.

b. Die Wettbewerbslage der westeuropäischen Industrie. Gemäss einer Stellungnahme der EG-Kommission läuft Westeuropa Gefahr, nur noch ein Absatzmarkt für die Produkte anderer Länder zu werden, wenn es nicht gelingt, der schwindenden Wettbewerbsfähigkeit seiner Industrie - besonders in der Spitzentechnologie - Einhalt zu gebieten. Folgende Vorschläge wurden zwecks Verbesserung der Wettbewerbslage der westeuropäischen Industrie gemacht: - Engere technische Zusammenarbeit auf europäischer Ebene - Beseitigung der verbleibenden Hindernisse im Währungs- und finanzpolitischen Bereich - Vermehrte europäische Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und Entwicklung.

c. Staatliche Beihilfen. Das Problem der staatlichen Beihilfen, die oft zu grossen Handelsverzerrungen führen, gab auch zu einer Diskussion Anlass. Nach verschiedenen internationalen Handelsvereinbarungen sind staatliche Subventionen einzuschränken. Diese Bestimmungen sind offenbar nicht wirksam genug und müssen verstärkt werden. Ein wichtiger Punkt war der Vorschlag eines norwegischen Parlamentariers, im Bereich der staatlichen Beihilfen für grössere Transparenz zu sorgen. Eine bessere Durchschaubarkeit der verschiedenen nationalen Regelungen würde es einem Handelspartner, der sich geschädigt fühlt, erlauben, sich wirkungsvoller zur Wehr zu setzen. Ebenfalls von norwegischer Seite wurden zwei Arten von staatlichen Beihilfen als berechtigt bezeichnet, nämlich jene im Rahmen regionalpolitischer Wirtschaftshilfe und die vorübergehende Subventionierung kleiner Betriebe, um deren Expansion und die Erreichung einer besseren Wettbewerbsfähigkeit zu ermög-

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Mitteilungen des Präsidenten Communications du président In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1983 Année Anno Band IV Volume Volume Session Herbstsession Session Session d'automne Sessione Sessione autunnale Rat Nationalrat

Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung 12 Séance Seduta  
Geschäftsnummer --- Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 05.10.1983 - 08:00 Date  
Data Seite 1382-1382 Page Pagina Ref. No 20 011 801 Dieses Dokument wurde  
digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce  
document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo  
documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte  
Originaltext. Quellen-URL siehe oben.